

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 02 | 15.01.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neue Auflage

Andreas Janko

Staats- und Verwaltungsorganisation

Das in 2. Auflage neu erschienene Studienbuch „Staats- und Verwaltungsorganisation“ von Univ.-Prof. Dr. Andreas Janko vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis der Staats- und Verwaltungsorganisation. Es behandelt damit zentrale Themen sowohl aus dem Fach „Verfassungsrecht“ als auch aus dem Fach „Verwaltungsrecht“.

ISBN 978-3-902883-45-2, 2. Auflage, XI und 151 Seiten, Harteinband, 30 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 21/2021](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die Aufhebung der Wortfolgen „nach § 65 Abs. 1 Z 2 oder“ sowie „Rückersatz- oder“ und des Wortteils „Rück(“ und das Zeichen „)“ in § 89 Abs. 4 des Bundesgesetzes vom 7. März 1985 über die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit (Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz – ASGG), [BGBl. Nr. 104/1985](#), durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl II 10/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres über die **vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zu bestimmten Nachbarstaaten**

[BGBl II 11/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über die **Vorbereitung und Durchführung abschließender Prüfungen für das Schuljahr 2020/21**

[BGBl II 12/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Verordnung über das Landeverbot für Luftfahrzeuge aus dem Vereinigten Königreich und Südafrika** geändert wird

[BGBl II 13/2021](#)

Verordnung des Vorsitzenden des Vorstandes der Österreichischen Post Aktiengesellschaft über die Festsetzung eines Nachtdienstgeldes für Bedienstete, die der Österreichischen Post Aktiengesellschaft oder einem Unternehmen, das durch Maßnahmen der Umgründung im Rahmen des bestehenden Gesellschaftsrechts aus dieser Gesellschaft hervorgegangen ist, zur Dienstleistung zugewiesen sind (**Nachtdienstgeld-COVID19-Verordnung 2020 – NDG-COVID19-VO 2020**)

[BGBl II 15/2021 \(Anlage 1; Anlage 2\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **COVID-19-Einreiseverordnung** geändert wird

[BGBl II 17/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (**2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung**)

[BGBl III 1/2021 \(Anlage\)](#)

Änderung des Anhangs zur **Anti-Doping-Konvention** vom 16. November 1989 sowie der Anlage I zum Internationalen **Übereinkommen gegen Doping im Sport** vom 19. Oktober 2005

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 10 v 12.01.2021, 1](#)

Durchführungsbeschluss (EU) 2021/19 der Kommission vom 18. Dezember 2020 zur Festlegung einer gemeinsamen Methode und eines Formats für die **Berichterstattung über die Wiederverwendung** gemäß der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates

[ABl L 11 v 14.01.2021, 19](#)

Beschluss (EU) 2021/26 des Rates vom 12. Januar 2021 zur weiteren Verlängerung der mit dem Beschluss (EU) 2020/430 eingeführten und mit den Beschlüssen (EU) 2020/556, (EU) 2020/702, (EU) 2020/970, (EU) 2020/1253 und (EU) 2020/1659 verlängerten **befristeten Ausnahme von der Geschäftsordnung** des Rates angesichts der durch die **COVID-19-Pandemie** in der Union **verursachten Reisebehinderungen**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

26.11.2020; [Ro 2020/21/0013](#)

AsylG; FreizügigkeitsRL; FremdenpolizeiG; eine **Aufenthaltsbeendigung** nach § 66 Abs 1 FremdenpolizeiG setzt voraus, dass der (weitere) Aufenthalt des Unionsbürgers eine **schwerwiegende Gefahr für die öffentliche Ordnung** oder Sicherheit darstellt; dieser Maßstab liegt im abgestuften System der Gefährdungsprognosen über dem Gefährdungsmaßstab nach dem ersten und zweiten Satz des § 67 Abs 1 leg cit, jedoch unter jenem nach dem fünften Satz leg cit; hält sich der Unionsbürger nämlich bei der Erlassung des Aufenthaltsverbots schon zehn Jahre rechtmäßig und ununterbrochen in Österreich auf, so verlangt die zuletzt genannte Bestimmung für die Zulässigkeit dieser Maßnahme, dass aufgrund des persönlichen Verhaltens des Fremden davon ausgegangen werden könne, die öffentliche Sicherheit der Republik Österreich werde durch seinen Verbleib im Bundesgebiet nachhaltig und maßgeblich gefährdet; dieser Maßstab entspricht jenem des Art 28 Abs 3 lit a der FreizügigkeitsRL

27.11.2020; [Ro 2020/03/0020](#)

AVG; GebührenanspruchsG; § 52 AVG sieht vor, dass **nichtamtliche Sachverständige**, deren Gebührenanspruch nach § 53a Abs 1 AVG in sinngemäßer Anwendung der dort genannten Vorschriften des GebührenanspruchsG zu beurteilen ist, nur ausnahmsweise heranzuziehen sind; der Verweis des § 53a Abs 1 AVG auf das GebührenanspruchsG betrifft explizit auch die Regelung des § 25 leg cit, die sich ua mit der **Warnpflicht des Sachverständigen** befasst; auch diese Norm findet somit im Verwaltungsverfahren sinngemäße Anwendung, weil der „Umfang der Gebühr“ davon abhängt, ob die Warnpflicht erfüllt wurde; der Gebührenanspruch ist bei Verletzung der Warnpflicht mit € 4.000,- begrenzt; dass die Partei die Verletzung der Warnpflicht nicht bereits in ihrer zur ersten, sondern erst in der Stellungnahme zur zweiten Gebührennote geltend gemacht hat, kann nicht auf ihren Verzicht zur Geltendmachung geschlossen werden; der Sachverständige hätte zu warnen gehabt, wenn zu erwarten war und sich herausgestellt hatte, dass die tatsächlich entstehende Gebühr den Betrag von € 4.000,- übersteigt; hat der Sachverständige keinen diesbezüglichen Hinweis gegeben, entfällt insoweit sein Gebührenanspruch

30.11.2020; [Ra 2020/17/0120](#)

AVG; bei **Verlust einer Eingabe auf dem Postweg** steht bei verfahrensrechtlichen Fristen das Rechtsinstitut der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zur Verfügung; der Umstand, dass ein zur Post gegebenes Schriftstück bei der Behörde, an die es adressiert ist, nicht einlangt, ist dabei ein Ereignis, das der Absender offensichtlich nicht einrechnet, kann doch im Hinblick auf die Zuverlässigkeit des Postverkehrs auch unter Bedachtnahme auf die zumutbare Aufmerksamkeit und Voraussicht von der Partei nicht erwartet werden, dass sie diesen Umstand einrechnet

C. VERWALTUNGSGERICHE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[13.01.2021, Rs C-628/18, Kommission/Slowenien \(MiFID II\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 258 AEUV – **Märkte für Finanzinstrumente** – Richtlinien 2014/65/EU und (EU) 2016/1034 – **Unterbliebene Umsetzung** und/oder unterbliebene Mitteilung der Umsetzungsmaßnahmen – Art 260 Abs 3 AEUV – Antrag auf Verurteilung zur Zahlung eines Pauschalbetrags

[13.01.2021, Rs C-631/18, Kommission/Slowenien \(Directive déléguée MiFID II\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 258 AEUV – **Markt für Finanzinstrumente** – Delegierte Richtlinie (EU) 2017/593 – **Unterbliebene Umsetzung** und/oder unterbliebene Mitteilung der Umsetzungsmaßnahmen

[13.01.2021, Rs C-507/19, Bundesrepublik Deutschland \(Statut de réfugié d'un apatride d'origine palestinienne\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Politik im Bereich Asyl und subsidiärer Schutz – Normen für die **Anerkennung von Drittstaatsangehörigen** oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz – Richtlinie 2011/95/EU – Art 12 – **Ausschluss von der Anerkennung** als Flüchtling – Beim Hilfswerk der Vereinten Nationen für **Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten** (UNRWA) registrierter Staatenloser palästinensischer Herkunft – Voraussetzungen, um ipso facto den Schutz der Richtlinie 2011/95 zu genießen – Wegfall des Schutzes oder des Beistands des UNRWA

[13.01.2021, Rs C-414/20 PPU, MM](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Eilvorabentscheidungsverfahren** – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Europäischer Haftbefehl – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten – Art 6 Abs 1 und Art 8 Abs 1 Buchst c – **Europäischer Haftbefehl**, der auf der Grundlage eines nationalen Ermittlungsakts ausgestellt wurde – Begriff ‚Haftbefehl oder eine andere vollstreckbare justizielle Entscheidung mit gleicher Rechtswirkung‘ – **Fehlen eines nationalen Haftbefehls** – Folgen – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

[14.01.2021, Rs C-826/18, Stichting Varkens in Nood ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Übereinkommen von Aarhus** – Art 9 Abs 2 und 3 – **Zugang zu Gerichten** – Kein Zugang zu Gerichten für eine andere als die betroffene Öffentlichkeit – Vorherige Beteiligung am Entscheidungsverfahren als Voraussetzung für die **Zulässigkeit des Rechtsbehelfs**

[14.01.2021, Rs C-63/19, Kommission/Italien \(Contribution à l'achat de carburants\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 258 AEUV – Richtlinie 2003/96/EG – **Besteuerung von Energieerzeugnissen** und elektrischem Strom – Art 4 und 19 – Von einer autonomen Region eines Mitgliedstaats erlassene Regelung – Zuschuss beim Erwerb von **verbrauchsteuerpflichtigem Benzin oder Dieselmotorkraftstoff** – Art 6 Buchst c – Verbrauchsteuerbefreiung oder -ermäßigung – Begriff der vollständigen oder teilweisen Erstattung der Steuer – Fehlender Nachweis eines Zusammenhangs zwischen dem Zuschuss und der Verbrauchsteuer

[14.01.2021, verb Rs C-322/19 u C-385/19, The International Protection Appeals Tribunal ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung – Internationaler Schutz – Normen für die Aufnahme von **Personen, die internationalen Schutz beantragen** – Richtlinie 2013/33/EU – Drittstaatsangehöriger, der sich von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union in einen anderen begeben, aber nur in Letzterem internationalen Schutz beantragt hat – Entscheidung zur **Überstellung in den ersten Mitgliedstaat** – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Zugang einer Person, die internationalen Schutz beantragt, zum Arbeitsmarkt

[14.01.2021, Rs C-387/19, RTS infra und Aannemingsbedrijf Norré-Behaegel](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Aufträge** – Richtlinie 2014/24/EU – Art 57 Abs 6 – **Fakultative Ausschlussgründe** – Vom Wirtschaftsteilnehmer zum **Nachweis seiner Zuverlässigkeit** trotz des Vorliegens eines fakultativen Ausschlussgrundes ergriffene Maßnahmen – Verpflichtung des Wirtschaftsteilnehmers, die Maßnahmen aus eigenem Antrieb nachzuweisen – Unmittelbare Wirkung

[14.01.2021, Rs C-393/19, Okrazhna prokuratura – Haskovo und Apelativna prokuratura – Plovdiv](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 17 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Eigentumsrecht – Art 47 der Charta der Grundrechte – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf – Rahmenbeschluss 2005/212/JI – Einziehung von Erträgen, Tatwerkzeugen und **Vermögensgegenständen aus Straftaten** – Richtlinie 2014/42/EU – Einfrieren und Einziehung von Tatwerkzeugen und Erträgen aus Straftaten in der Europäischen Union – Nationale Regelung, die die Einziehung des zur Begehung von **Zollschmuggel genutzten Vermögensgegenstands** zugunsten des Staates vorsieht – Vermögensgegenstand, der **einem gutgläubigen Dritten gehört**

[14.01.2021, Rs C-441/19, Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid \(Retour d'un mineur non accompagné\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Richtlinie 2008/115/EG – Gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur **Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger** – Art 5 Buchst a, Art 6 Abs 1 und 4, Art 8 Abs 1 und Art 10 – Rückkehrentscheidung gegenüber einem unbegleiteten Minderjährigen – **Wohl**

des Kindes – Pflicht des betreffenden Mitgliedstaats, sich vor Erlass einer Rückkehrentscheidung zu vergewissern, dass der Minderjährige einem Mitglied seiner Familie, einem offiziellen Vormund oder einer geeigneten Aufnahmeeinrichtung im Rückkehrstaat übergeben wird – Unterscheidung allein anhand des **Kriteriums des Alters des Minderjährigen**, um ein Aufenthaltsrecht zu gewähren – Rückkehrentscheidung ohne nachfolgende Abschiebungsmaßnahmen

[14.01.2021, Rs C-450/19, Kilpailu- ja kuluttajavirasto](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wettbewerb – Art 101 AEUV – Kartelle – **Manipulation von Ausschreibungsverfahren** – Bestimmung der **Dauer des Zuwiderhandlungszeitraums** – Einbeziehung des Zeitraums, in dem die am Kartell Beteiligten die wettbewerbswidrige Vereinbarung umgesetzt haben – Wirtschaftliche Auswirkungen des wettbewerbswidrigen Verhaltens – Beendigung der Zuwiderhandlung zum **Zeitpunkt der endgültigen Auftragsvergabe**

B. SCHLUSSANTRÄGE

[13.01.2021, Rs C-645/19, Facebook Ireland ua \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 7, 8 und 47 – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 55, 56, 58, 60, 61 und 66 – Aufsichtsbehörden – Grenzüberschreitende Datenverarbeitung – **One-Stop-Shop** – Federführende Aufsichtsbehörde – Betroffene Aufsichtsbehörde – **Zuständigkeit** – Befugnisse – Befugnis zur Einleitung gerichtlicher Verfahren

[14.01.2021, Rs C-718/18, Kommission/Deutschland \(\) und 2009/73 \(GA Pitruzzella\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarkt** – Richtlinien 2009/72 und 2009/73 – Begriff ‚**vertikal integriertes Unternehmen**‘ – Wirksame Trennung des Betriebs der Übertragungsnetze von den Tätigkeiten der Erzeugung, Gewinnung und Versorgung – **Unabhängigkeit des Personals und der Unternehmensleitung** des Übertragungsnetzbetreibers – Ausschließliche Zuständigkeiten und Unabhängigkeit der nationalen Regulierungsbehörden – Grundsatz der Demokratie

[14.01.2021, verb Rs C-551/19 P u C-552/19 P, ABLV Bank/EZB \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Rechtsmittel – Bankenunion – **Einheitlicher Abwicklungsmechanismus** für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Verordnung (EU) Nr 806/2014 – Abwicklungsverfahren, das auf den **Ausfall oder wahrscheinlichen Ausfall** eines Unternehmens anzuwenden ist – **Mutter- und Tochtergesellschaft** – Erklärung des Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls durch die EZB – Vorbereitende Handlungen – Nicht anfechtbare Handlungen – Unzulässigkeit

[14.01.2021, Rs C-762/19, CV-Online Latvia \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Rechtlicher Schutz von Datenbanken** – Richtlinie 96/9/EG – Art 7 – Schutzrecht sui generis der Hersteller von Datenbanken – Verbot für jeden Dritten, die Gesamtheit oder einen wesentlichen Teil des Inhalts einer Datenbank ohne Zustimmung ihres Herstellers zu ‚entnehmen‘ oder ‚weiterzuverwenden‘ – Auf einer Website verfügbare Datenbank – Anzeige eines auf diese **Website verweisenden Hyperlinks** und von Meta-Tags, die Informationen aus der Datenbank enthalten, durch den **Betreiber einer Suchmaschine**

[14.01.2021, Rs C-790/19, LG und MH \(Autoblanchiment\) \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2005/60/EG – Richtlinie (EU) 2015/849 – Verhinderung der **Nutzung des Finanzsystems** zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung – Geldwäschestraftaten – **Selbstgeldwäsche** – Täter der Straftat – Anwendungsbereich

[14.01.2021, Rs C-846/19, Administration de l'Enregistrement, des Domaines und de la TVA \(GA Pitruzzella\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Harmonisierung des Steuerrechts – Mehrwertsteuer – Begriff der eng mit der **Sozialfürsorge und der sozialen Sicherheit** verbundenen wirtschaftlichen **Tätigkeit und Dienstleistungen** – Begriff der als Einrichtungen mit sozialem Charakter anerkannten Einrichtungen – Mandate zur Erwachsenenvertretung – **Mehrwertsteuerpflicht**

[14.01.2021, Rs C-913/19, CNP \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Gerichtliche **Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen** – Besondere Zuständigkeiten – Haftpflichtversicherung – **Forderungsübergang** – Begriff der Zweigniederlassung, Agentur oder sonstigen Niederlassung

[14.01.2021, Rs C-4/20, ALTI \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 205 und Art 273 – **Gesamtschuldnerische Haftung eines Dritten**, der nicht Steuerschuldner ist – **Umfang der Haftung** – Erstreckung der Haftungsschuld auf **Verzugszinsen des Steuerschuldners** – Erweiterte Haftung zur effektiven Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug – Vorliegen eines Mehrwertsteuerbetrugs bei Nichtzahlung der erklärten Mehrwertsteuerschuld

[14.01.2021, Rs C-64/20, An tAire Talmhaíochta Bia agus Mara, Éire agus an tArd-Aighne \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2001/82/EG – **Sprachliche Anforderungen** in Bezug auf die **Verpackung und die Etikettierung von Tierarzneimitteln** – Ermessensbefugnis der nationalen Gerichte, Abhilfe zu verweigern – Unmittelbare Wirkung – Vorrang – Verfahrensautonomie – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

14.01.2021, Beschwerde Nr [50231/13](#), Sabalić / Kroatien

Verletzung von Art 3 EMRK (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) **iVm Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot); unzureichende Reaktion der Behörden auf gewalttätigen **homophoben** Angriff gegen Bf; keine Erörterung des Tatbestands der **Hasskriminalität** sowie **lächerlich geringfügige Geldstrafe**; grundlegender Mangel des Verfahrens

14.01.2021, Beschwerde Nr [281/15 ua](#), Société Editrice de Mediapart ua / Frankreich

Keine Verletzung von Art 10 EMRK (Meinungsfreiheit); gerechtfertigte Anordnung, **unerlaubte Aufzeichnungen privater Gespräche** von schutzbedürftiger öffentlicher Person trotz Wiedergabe des Inhalts durch andere Medien von Website zu entfernen; Offenlegung der Aufzeichnungen stellt **Straftat** dar und wurde in **Ausübung der journalistischen Tätigkeit** begangen; Journalisten zu Vorsicht und Sorgfalt verpflichtet; berechtigtes Vertrauen der schutzbedürftigen öffentlichen Person auf Achtung und Schutz ihres Privatlebens; erhebliche und ausreichende Gründe um Schutz der öffentlichen Person sicherzustellen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Univ.-Ass. Mag. Philipp Wolfgang Stengg LL.M., Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.